

Antrag der Fraktionen JUDU/FDP und CDU

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Bezirksvertretung Mitte	22.05.2025	Entscheidung

Betreff

Antrag der Fraktionen JUDU/FDP und CDU,
hier: Tempo 30 auf der Rheintörchenstraße einrichten

Inhalt

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Rheintörchenstraße unverzüglich eine Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 einzurichten.
2. Die Verwaltung wird gebeten, der Politik ein umfassendes Konzept zur Schulwegsicherung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Aufgrund der kurzfristig notwendigen Auslagerung des Unterrichtsbetriebs der GGS Habichtstraße zur Hitzestraße müssen zahlreiche Grundschulkinder künftig täglich die Rheintörchenstraße queren oder entlanglaufen. Die derzeitige Verkehrsregelung (Tempo 50, Vorfahrtregelungen) ist nicht geeignet, einen sicheren Schulweg zu gewährleisten.

Im Einzelnen sprechen folgende Punkte für die sofortige Einrichtung einer Tempo-30-Strecke:

1. Erhöhtes Gefahrenpotenzial für Grundschulkinder:

Die Strecke wird nun täglich von Kindern im Grundschulalter genutzt. In diesem Alter sind Reaktionsfähigkeit und Verkehrskompetenz noch eingeschränkt. Eine Reduzierung der Geschwindigkeit erhöht die Reaktionszeit und vermindert Unfallrisiken erheblich.

2. Schulrechtliche und verkehrsrechtliche Verantwortung:

Laut Schulgesetz NRW und den Vorgaben zur Verkehrssicherungspflicht besteht eine besondere Schutzpflicht für den Schulweg. Diese wird derzeit auf der Rheintörchenstraße nicht erfüllt.

3. Fehlende flankierende Sicherheitsmaßnahmen:

Bislang fehlen an der neuen Übergangsschule grundlegende Vorkehrungen wie:

- Zebrastreifen,
- Hinweisschilder „Achtung Kinder“,
- Geschwindigkeitsanzeigetafeln mit optischer Rückmeldung,
- Schülerlotsen.

Dies wird auch im offenen Elternbrief an den Oberbürgermeister deutlich kritisiert. Die Verwaltung wird daher gebeten, zusätzlich zur Tempo-30-Regelung schnellstmöglich ein umfassendes Konzept zur Schulwegsicherung vorzulegen.

4. Signalwirkung für eine kinderfreundliche Stadt:

Die Maßnahme kann ein Zeichen für eine verantwortungsvolle Schul- und Stadtpolitik sein. In Zeiten wachsender Verunsicherung durch Schulprovisorien sollten Stadt und Verwaltung zeigen, dass der Schutz der Kinder oberste Priorität hat.